

UN-Sicherheitsrat erteilt den USA „Mandat“ über Palästina

Der Rat befürwortete Donald Trumps neokoloniale Verwaltungsbehörde über ein Gebiet, das seiner Meinung nach entvölkert werden sollte, um Platz für sein Traum-Resort zu schaffen, das auf den Knochen der Opfer des Völkermords Israels errichtet werden soll.

17. November 2025 | Joe Lauria

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 17. November eine Resolution verabschiedet, die Donald Trumps Plan für den Gazastreifen, ein Gebiet, das seiner öffentlichen Aussage zufolge ethnisch gesäubert werden sollte, um einen Mittelmeer-Ferienort zu entwickeln, die Zustimmung der Weltorganisation gibt.

Der Rat stimmte mit 13 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen von China und Russland, die Trumps Pläne hätten ablehnen können, dafür.

Die Resolution lässt im Wesentlichen das Kolonialmandatssystem des Völkerbundes nach dem Ersten Weltkrieg und das Treuhandsystem der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufleben, beides Systeme, in denen die Kolonialmächte weiterhin die Kontrolle über ein kolonisiertes Gebiet behielten, während sie es eigentlich in die Unabhängigkeit führen sollten.

Die am Montag verabschiedete Resolution besagt, dass „die Voraussetzungen für einen glaubwürdigen Weg zur Selbstbestimmung und Staatlichkeit der Palästinenser endlich gegeben sein könnten“.

Die Resolution „begrüßt“ die Einrichtung eines Friedensrats (Board of Peace, BoP) „als Übergangsverwaltung“ in Gaza zur Koordinierung des Wiederaufbaus. Die Resolution ermächtigt den Rat, eine vorübergehende Internationale Stabilisierungstruppe (ISF) in Gaza einzurichten, „die unter einem für den BoP akzeptablen einheitlichen Kommando eingesetzt wird“. Obwohl in der Resolution nicht angegeben ist, wer den BoP leiten wird, hat Trump deutlich gemacht, dass er ihn selbst leiten wird.

Die Nationen werden „in enger Abstimmung und Zusammenarbeit“ mit Ägypten und Israel Truppen für diese Truppe bereitstellen. Aber letztendlich wird es Donald Trump sein, der das Sagen über diese internationale Militärmacht hat.

Zu den Aufgaben der von Trump geführten Truppen gehört es, den Gazastreifen zu entmilitarisieren, indem Waffen außer Dienst gestellt und militärische Infrastruktur zerstört werden. In einer Stellungnahme zu der Resolution erklärte die Hamas: „Die Resolution zwingt dem Gazastreifen einen internationalen Vormundschaftsmechanismus auf, den unser Volk und seine Fraktionen ablehnen.“ Die Hamas behauptet, sie habe nach internationalem Recht das Recht, sich gegebenenfalls mit Gewalt gegen die Besetzung durch Israel zu wehren, was auch tatsächlich der Fall ist.

Sollte die Stabilisierungstruppe tatsächlich versuchen, die Hamas zu entwaffnen, könnte es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten kommen. Die von der UNO genehmigte Truppe würde dann im Wesentlichen die unvollendete Aufgabe der israelischen Streitkräfte (IDF) übernehmen, die Hamas zu besiegen.

Im Einklang mit der Entwaffnung der Hamas soll sich die IDF gemäß der Maßnahme aus dem Gazastreifen zurückziehen. Ein Anhang zur Resolution besagt, dass Palästinenser nicht gewaltsam aus dem Gazastreifen vertrieben werden dürfen und Israel den Gazastreifen weder annektieren noch weiterhin besetzen darf, wie aus den Ausführungen des algerischen Botschafters vor dem Rat hervorgeht.

Ein arabisches Expertenkomitee wird gemeinsam mit Trumps Gremium an der Verwaltung des Gazastreifens beteiligt sein, bis die Palästinensische Autonomiebehörde die vollständige Kontrolle übernimmt. Israel nahm als Gast an dem Treffen teil, hatte jedoch kein Stimmrecht.

Warum Russland sich der Stimme enthielt

Der Resolutionsentwurf der USA erwähnte zunächst keine mögliche zukünftige palästinensische Souveränität, doch nach Widerstand seitens arabischer Staaten und anderer Länder wurde dieser Punkt hinzugefügt. Diese Ergänzung ermöglichte es den Arabern und vor allem der Palästinensischen Autonomiebehörde, die Resolution zu unterstützen. Dies veranlasste Russland, das den ursprünglichen Entwurf abgelehnt hatte, seine Androhung eines Vetos fallen zu lassen, und China schloss sich der Enthaltung an.

In seiner [Erklärung](#) gegenüber dem Rat begründete der russische Botschafter Wassili Nebenizia die Enthaltung Russlands damit, dass Russland „die Position Ramallahs sowie die vieler arabisch-muslimischer Staaten zur Kenntnis genommen hat, die sich für den amerikanischen Entwurf ausgesprochen haben, um neues Blutvergießen in dem Gebiet zu vermeiden. In diesem Zusammenhang haben wir beschlossen, keinen eigenen Entwurf vorzulegen, der darauf abzielte, das US-Konzept zu ändern, um es mit den zuvor vereinbarten langjährigen UN-Resolutionen in Einklang zu bringen.“

Er beklagte jedoch auch, dass die Stabilisierungstruppe nicht mit der Palästinensischen Autonomiebehörde zusammenarbeiten würde.

„Dies könnte die Trennung des Gazastreifens vom Westjordanland festigen und erinnert an koloniale Praktiken und das britische Mandat für Palästina, das vom Völkerbund erteilt wurde, als die Meinungen der Palästinenser selbst überhaupt nicht berücksichtigt wurden“, sagte er.

Nebenizia schlug auch Alarm wegen der Truppen, die in den Krieg verwickelt sind. „Die Resolution ... verleiht der ISF ein so umfangreiches Mandat zur Friedensdurchsetzung, dass die Mission tatsächlich zu einer Konfliktpartei werden könnte, die über die Grenzen der Friedenssicherung hinausgeht“, sagte er. Der russische Gesandte warf den USA vor, „in den Hauptstädten Druck auszuüben oder Delegationen hier in New York unter Druck zu setzen“, was seiner Meinung nach „kaum als in gutem Glauben handelnd bezeichnet werden kann“.

Nebenizia sagte:

Im Wesentlichen gibt der Rat der US-Initiative seinen Segen, wobei er sich ausschließlich auf das Wort Washingtons verlässt. Wir überlassen den Gazastreifen der Gnade des Friedensrats und der ISF, deren Arbeitsmethoden uns noch unbekannt sind.

Das Wichtigste dabei ist, sicherzustellen, dass dieses Dokument nicht zu einem Deckmantel für ungezügelte Experimente der USA und Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) wird und sich auch nicht zu einem Todesurteil für die Zwei-Staaten-Lösung entwickelt. ... Es gibt keinen Grund zum Feiern: Heute ist ein trauriger Tag für den Sicherheitsrat. Neben den Wünschen der betroffenen Parteien gibt es auch so etwas wie die Integrität des Sicherheitsrats. Und heute, mit der Verabschiedung dieser Resolution, wurden diese Integrität und die Vorrechte des Rates untergraben. ...

Bedauerlicherweise haben wir bereits die unglückliche Erfahrung gemacht, dass Entscheidungen zum palästinensisch-israelischen Konflikt, die von den USA durchgesetzt wurden, zu einem Ergebnis geführt haben, das dem Gegenteil des Beabsichtigten entspricht. Sagen Sie nicht, wir hätten Sie nicht gewarnt.

PA und Araber stimmen zu

Die Palästinensische Autonomiebehörde arbeitet seit langem mit Israel bei der Besetzung des Westjordanlands zusammen. Aufgrund ihrer langjährigen Ablehnung des Widerstands der Hamas ist sie bereit, den USA die Kontrolle über den Gazastreifen zu überlassen, um ihn gemeinsam mit Israel zu verwalten, wenn die Behörde einen Platz am Verhandlungstisch erhält.

Das ist jedoch nicht sicher, da die Extremisten im israelischen Kabinett die Sicherung durchbrennen ließen, als sie sahen, dass eine bloße Erwähnung – eine beiläufige Bemerkung – über eine entfernte Möglichkeit der Anerkennung Palästinas in die Resolution aufgenommen wurde. Netanjahu selbst bekräftigte am Sonntag seine Ablehnung eines palästinensischen Staates und schwor, dass es niemals dazu kommen werde.

Wie seine Regierung mit der US-Verwaltung des Gazastreifens umgehen wird, wird von größtem Interesse sein. Da Netanjahu lautstark darauf besteht, dass die Hamas „auf die sanfte oder die harte Tour“ entwaffnet wird, bleibt abzuwarten, ob die IDF, die die Hälfte des Gazastreifens besetzt hält, und die internationale Truppe mit dem Segen der Palästinensischen Autonomiebehörde gemeinsam gegen die Hamas vorgehen werden, um den letzten gewaltsamen Widerstand gegen die israelische Vorherrschaft über Palästina zu brechen.